



POLIZEI

POLIZEI

HAUSER  
FRYTR

FAL FINGER

Dezember 2021

10



# KTS-Bürokratie

Jeden Montag um 20 Uhr Plenum.

Veranstaltungsplenum jeden ersten und dritten Montag im Monat.

**Programm und Koraktorbeiträge bitte spätestens bis zum 15.**

**des Vormonats per Formular:** [www.kts-freiburg.org/formular](http://www.kts-freiburg.org/formular)

KTS, Baslerstraße 103, 79100 Freiburg, 0761 /4002096

<https://kts-freiburg.org>

Bei politischen Angelegenheiten bitte die Gruppen kontaktieren

## Infoladen in der KTS



*"Hier werden linksextremistische Informationen in Form von Zeitschriften, Broschüren, Flugblättern, Büchern, Videos sowie Ton- und Datenträger archiviert, diskutiert und verbreitet."\** [Verfassungsschutz NRW über Infoläden]

Geöffnet auf Nachfragen per Mail!

\*Ebenfalls gibt es Bücherverleih, eine kleine Auswahl von Buttons & Patches und immer Espresso gegen Spende.

### Die OpenPGP-Fingerprints der Gruppen in der KTS:

Name-E-Mail-Adresse  
Fingerprint

Autonome Demosanis Freiburg - a-demosanis-fr[at]riseup.net  
0A8AA1B9 FC00 2B86 0F06 DC36 9E51 C17B 0ACE 1241

Autonome Antifa Freiburg - freiburg[at]autonome-antifa.org  
2054 9447 8543 18A0 B3F4 7B3B A291 68F4 2AFF 0098

EkiB Freiburg - ekib[at]immerda.ch  
6495 53FF EC64 7320 F534 FFDF 149E C711 751A 9FC5

Ermittlungsausschuss Freiburg - eafreiburg[at]linksunten.ch  
0008 4410 F14F 7788 0411 6B0C D553 8D4E C7D3 0A53

Infoladen KTS - infoladen[at]kts-freiburg.org  
46F9 6C50 BF0B C978 D099 12EB E631 A373 6C59 7ACC

Koraktor - koraktor[at]kts-freiburg.org  
98DC 9EA9 A987 74DA 868F 3D8B F911 106E 6DCF D598

VoKüfA - vokuefa [at] lists.immerda.ch  
9950 0370 09B1 573D 88D0 8DB5 7D52 25DB AD74 E216

Webmaster KTS - webmaster[at]kts-freiburg.org  
3023 FA54 9920 77C7 3D64 AB6F 1FE3 34FE BFFC 5514

Schlüssel unter [zimmermann.mayfirst.org](http://zimmermann.mayfirst.org), Praxis unter [kts-freiburg.org/pgp](http://kts-freiburg.org/pgp)

# Gartenstraße 19 Never Rest in Peace

Am Montag, den 29. November 2021, räumten die Freiburger Bullen die Gartenstraße 19. Die beiden Gebäude in der Freiburger Innenstadt waren seit April 2010 besetzt. Damit endet die längste Besetzung Freiburgs nach 11 Jahren. Ohne vorherige Ankündigung schaffte der Eigentümer Fakten, indem er die G19 sofort abreißen ließ. Eine Hundertschaft sperrte den Stadtteil ab. Unter dem Protest herbeigeeilter Besetzer\*innen und Unterstützer\*innen wurde das Vorderhaus umgehend abgerissen, das bis zuletzt als Treffpunkt genutzt wurde.

Der Verlust dieser Besetzung schmerzt uns sehr, hat uns die G19 doch über ein Jahrzehnt als Ort der Organisierung geprägt. In der Bike-Kitchen im Hinterhaus gab es seit Jahren eine autonome Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt. Unzählige Treffen und Veranstaltungen wurden von immer neuen Kollektiven im Vorderhaus organisiert. Wir haben

Anschläge von Nazis erlebt und auch Razzien der Polizei. Doch in Erinnerung bleibt die G19 als ein Ort, an dem der durchkommerzialisierten Stadt Werte von Trotz und Zusammenhalt Tag für Tag entgegen gestellt wurden.

Am Montag zerstörte die Staatsgewalt für kommerzielle Privatinteressen diesen Freiraum. In unseren Kämpfen wird die Gartenstraße 19 weiterleben. Unsere Wut ist groß und unser Gedächtnis lang.

## **ZEIT FÜR NEUE BESETZUNGEN!**

*KTS Freiburg,  
1. Dezember 2021*

## **Besetzte G19 und Bikekitchen wurden gestern abgerissen!**

Ohne mit der Wimper zu zucken, wurden die zwei Häuser in der Gartenstraße 19 überraschend abgerissen. Schon vor acht Uhr sperrte die Polizei die ganze Straße ab. Ein großer Polizeieinsatz inklusive BFE stellte sicher, dass die kapitalistischen Interessen des Eigentümers Haffner durchgesetzt werden konnten. Die nutzenden Menschen hatten nicht einmal die Chance ihre Wertgegenstände wie Musikinstrumente oder Solarpanels vor der Verschrottung zu retten.

Wir sind fassungslos, wütend, erschüttert und zutiefst getroffen!

Entgegen den Aussagen des Eigentümers und der BZ gab es weder eine „Beendigung der Duldung“, noch das „Verlassen des Hauses“ der Nutzer\*innen. Hier wurde kein leeres Gebäude abgerissen, sondern ein noch bis gestern Abend genutzter Raum zerstört.

Die G19 ist und war kein Störfaktor sondern eine Bereicherung für Freiburg. In den letzten 10 Jahren stellten die Räumlichkeiten einen wichtigen

Knotenpunkt für viele kulturelle, politische und vor allem engagierte Menschen dar, denen jetzt buchstäblich das Dach wegfliegt.

Während der Eigentümer das Haus nicht nutzte sondern verwahrlosen lies, kümmerten sich Menschen um dessen Erhalt und Nutzung. In den letzten Jahren wurde viel Energie in diese Räume gesteckt, um endlich einen Raum in Freiburg zu gestalten, der verschiedenen Bedürfnissen gerecht wird. Wieder einmal wird diesem Wunsch in Freiburg keinerlei Gehör geschenkt. Dieser Tag reiht sich ein in die Räumung und Zerstörung unkommerzieller Freiräume in Freiburg, wie zuletzt an der Schließung des Spätis deutlich wurde.

Wir stellen nun noch lauter die Eigentumsfrage! Wir fordern Räume der Selbstverwaltung und bleiben!

## **ZEIGT EUCH SOLIDARISCH MIT DER G19 IN FREIBURG UND ANDERSWO!**

*Gartenstraße 19  
1. Dezember 2021*



Konzert



Party/Kneipe



Information



Film/Theater



Vokü



Demo/Aktion

Pandemiebedingt sind Veranstaltungen im Dezember 2021 wieder zunehmend eingeschränkt. Schaut auf die Homepage für genaueres.

Zugang zur KTS nur mit 2G (Geimpft oder Genesen) und wenn möglich zusätzlich getestet.

## KTS # IMMER

Bei Bedarf: **RECHERCHE-UND MEDIENZIMMER(RUMZ)**

Kopieren, Drucken, Recherchieren, Videos schneiden, Flyer layouts, uvm. Kein Problem, einfach Mail an rumz[at]riseup.net schreiben.

**Montags Ermittlungsausschuss (EA)**

**19-20 Uhr** Hilfe bei Problemen mit der Polizei, Repression und politischen Prozessen.

**Dienstag OFFENES ARTISTIKTREFFEN**

**19 Uhr** Jonglieren und Artistik im Café

**Donnerstag JIU-JITSU/**

**19:30 Uhr SELBSTVERTEIDIGUNG**  
aktuelle Infos & Trainings-Ferien  
siehe auch [jiu-jitsu.xobor.de](http://jiu-jitsu.xobor.de)

**Auf INFOLADEN**

**Nachfrage** Bücher und Zeitschriften, Buttons und Aufnäher, T-Shirts, Kaffee, etc. Schreibt uns gerne an [infoladen\[at\]kts-freiburg.org](mailto:infoladen[at]kts-freiburg.org)

**Auf UMSONSTLADEN**

**Nachfrage** Abgeben, Abholen, Mitnehmen. Alles für Nix.

**TONTECHNIK-WORKSHOP**

Du hast Spaß an Technik und willst gerne lernen Konzerte abzumischen? Dann wendet euch an: [tontech-ws\[at\]kts-freiburg.org](mailto:tontech-ws[at]kts-freiburg.org)

**OFFENE SIEBDRUCKWERKSTATT**

Ab und zu offen, einfach ne Mail an [siebdruck\[at\]kts-freiburg.org](mailto:siebdruck[at]kts-freiburg.org) schreiben.

**CRYPTO-WORKSHOP**

Lernen deinen Rechner und E-Mails verschlüsseln, dabei noch anonym surfen?

Schreibt gerne an: [crypto-ws\[at\]kts-freiburg.org](mailto:crypto-ws[at]kts-freiburg.org)

**LAYOUT-WORKSHOP**

Du willst lernen mit Scribus zu layouts? Dann kontaktiere: [koraktor\[at\]kts-freiburg.org](mailto:koraktor[at]kts-freiburg.org)

# ok.cupied

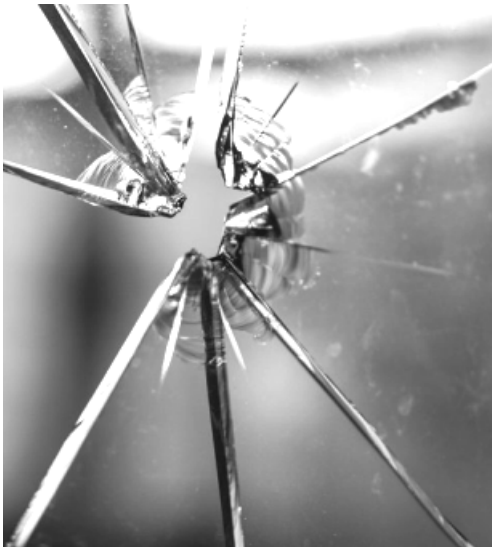
Heute morgen früh hat das Kollektiv okcupied die Amerbachstrasse 63 in Basel besetzt. Wir sind bemüht darum, Menschen zu helfen, Liebe und ein Zuhause zu finden. Wir alle kennen das Gefühl von Leere. Aufgrund von Covid-19 wurde die Leere noch grösser und die Isolation wurde zur täglichen Realität für Menschen. Vorallem die marginalisierten Gruppen unserer Gesellschaft sind besonders betroffen aufgrund der ungerechten Strukturen des Kapitalismus. Okcupied kämpft gegen diese Isolation und setzt sich dafür ein, leere Räume mit guter Stimmung zu füllen. Bist du motiviert? Wir finden den für dich passenden leeren Raum.

Du findest uns auf Telegram und Instagram:  
[t.me/okcupied](https://t.me/okcupied)  
[instagram.com/ok.cupied](https://www.instagram.com/ok.cupied)  
[vimeo.com/650453276](https://vimeo.com/650453276)

*Kollektiv ok.cupied*  
30.11.2021



## Rache für die G19-Räumung



Zwei Tage nach dem die G19 geräumt wurde sind wir nachts los gezogen um unserer Wut Ausdruck zu verleihen. Dabei traf es den Sitz der Freiburger Stadtbau im Stühlinger, welcher nun ein paar Scheiben weniger hat und von außen schön bunt aussieht.

Auch wenn in Freiburg massenhaft Bullen die Räumung absicherten, so können sie nicht jede Nacht überall sein. Wir sind sauer auf eine Greencity, die Freiräume platt macht, doch die Stadt hat mit Immobüros, Banken und Bullenwachen auch viel zu bieten, was nächtliche Ausflüge angeht, so dass es ans uns liegt, dafür zu sorgen, dass sie nicht gut schlafen werden!

Unsere Räume könnt ihr uns nehmen, aber los werdet ihr uns nicht!

Die Stadt der Reichen angreifen!

**G19 LEBT!**



# Seltener Fall: Polizist wegen Gewalt gegen Demonstrierenden verurteilt

Wenn uns Berichte über Polizeigewalt erreichen, enden sie häufig so: Das Opfer hat die Tat angezeigt, dafür aber eine Gegenanzeige bekommen - und das Verfahren gegen die beschuldigten Polizist\*innen wurde eingestellt. Oder die Anwält\*in hat dem Opfer in weiser Voraussicht schon gleich von einer Anzeige abgeraten. Umso bemerkenswerter ist der Fall, der am heutigen 1. Dezember vor dem Amtsgericht verhandelt wurde. Hier wurde ein Polizeibeamter wegen Körperverletzung im Amt verurteilt, der einen jungen Demonstranten brutal angegriffen hatte.

Die Tat ereignete sich am 2. Mai 2020: Die AfD hatte damals zu einer Coronaleugner:innen-Kundgebung aufgerufen. Dagegen gab es einen Aufruf zu Protesten, dem über 500 Menschen

folgten. Dabei schlug ein Polizeibeamter einem antifaschistischen Protestierenden mit der Faust ins Gesicht. Es hätte laufen können wie üblich - doch diesmal gab es ein deutliches Beweisvideo, das in den sozialen Netzwerken kursierte. Der Polizist wurde nun wegen vorsätzlicher Körperverletzung im Amt zu einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen verurteilt - das bedeutet immerhin eine Feststellung seiner Schuld, wenn auch das Strafmaß relativ milde ist im Verhältnis zu dem, was z. B. in umgekehrten Fällen Menschen erwartet, die wegen Widerstands oder Angriffs gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt werden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

RDL sprach mit dem Betroffenen:  
[rdl.de/beitrag/verfahren-wegen-polizeigewalt](https://rdl.de/beitrag/verfahren-wegen-polizeigewalt)

## Deutsche Polizisten morden und kaschieren

Das neue Brandgutachten der Initiative Oury Jalloh, die sich seit 2005 um die Aufklärung des Mordes in einer Dessauer Polizeizelle engagiert, liefert neue Beweise. Mit rekonstruierten Brandversuchen kam der Sachverständige Ian Peck zum Ergebnis, dass Oury Jalloh an Händen und Füßen gefesselt gewesen sein musste. Dies deckt sich mit den bereits 2015 und 2019 verfassten Gutachten, nach denen der aus Sierra Leone stammende Oury Jalloh schon vor der Brandlegung mit diversen Knochenbrüchen bewusstlos oder tot gewesen sei. Die Angehörigen von Oury Jalloh stellen nun Anzeige wegen Strafvereitelung im Amt gegen die Generalstaatsanwaltschaft in Naumburg. Das Oberlandesgericht Naumburg hatte 2019 den Antrag auf Klageerzwingung der Familie abgewiesen. Die Entscheidung über die Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht steht noch aus. Oury Jalloh das war Mord!

Freitag, 05.11.2021  
Autonome Antifa Freiburg

## Freiburger Staatsanwaltschaft protegiert Hagerman

Die Staatsanwaltschaft Freiburg hat bis auf eines alle Verfahren eingestellt, die im Zusammenhang mit Hagermans Messerangriff im Juni eingeleitet wurden. Lediglich wegen des Pfeffersprayangriffs auf den Ersthelfer und die Ersthelferin hat die Staatsanwaltschaft einen Strafbefehl gegen Robert Hagerman beantragt, der vom Freiburger Amtsgericht erlassen wurde. Das Ermittlungsverfahren wegen des Pfeffersprayangriffs am 12.06.2021 auf die beiden jungen Linken wurde laut Pressemitteilung „gemäß § 170 Abs. 2 StPO mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt. Es konnte insoweit nicht ausgeschlossen werden, dass eine straflose Überschreitung des Notwehrrechts vorlag.“ Der Messerangriff auf den Ersthelfer wird nicht angeklagt, da sich „der Tatvorwurf der ungerechtfertigten gefährlichen Körperverletzung“ nach Ansicht der Staatsanwaltschaft „nicht mit hinreichender Sicherheit erhärten“ ließ. „Es konnte insoweit nicht ausgeschlossen werden, dass der Beschuldigte in Notwehr handelte.“ In ihrer Pressemitteilung nutzt die Freiburger Staatsanwaltschaft wieder den NS-Jargon vom „Heldenviertel“.

Mittwoch, 24.11.2021  
Autonome Antifa Freiburg

Koraktor

# NSU-Komplex und rechter Terror nach 2011 - Überblick

Vor 10 Jahren sprengte das rechte Terror-Netzwerk NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) ihre Wohnung in Zwickau und enttarnte sich dadurch am 4.11.2011 selbst. Am 07.11. stellte sich die Hauptbeschuldigte Beate Z. den Behörden. Mindestens 9 Menschen mit migrantischem Hintergrund wurden durch den NSU und das Unterstützungsumfeld zwischen 2000 und 2007 ermordet:

## **11.09.2000**

Enver Şimşek wird in Nürnberg ermordet.

## **13.06.2001**

Abdurrahim Özüdoğru wird in Nürnberg ermordet.

## **27.06.2001**

Süleyman Taşköprü wird in Hamburg ermordet.

## **29.08.2001**

Habil Kılıç wird in München ermordet.

## **25.02.2004**

Mehmet Turgut wird in Rostock ermordet.

## **05.06.2005**

İsmail Yaşar wird in Nürnberg ermordet.

## **15.06.2005**

Theodoros Boulgarides wird in München ermordet.

## **04.04.2006**

Mehmet Kubaşık wird in Dortmund ermordet.

## **06.04.2006**

Halit Yozgat wird in Kassel im Beisein des Verfassungsschutzes ermordet.

Die Polizistin Kiesewetter, die sich im direkten kollegialen Umfeld einer vom Verfassungsschutz Baden-Württemberg mit aufgebauten Ku-Kux-Klan-Zelle befand, wurde 2007 in Heilbronn ebenfalls durch den NSU getötet, ihr Kollege überlebte einen Kopfschuss.

Ein weiterer von mind. 43 Mordversuchen des

NSU, der mit Sprengstoffanschlägen rassistisch mordend durch das Land zog und sich durch Raubüberfälle und über gute Vernetzung in Neonazi-Strukturen bis hinein in staatliche Strukturen finanzieren und seit 1998 untertauchen konnte.

Unter der schützenden Hand der Sicherheitsbehörden wurde bis heute die vollständige Aufklärung der Morde und Hintergrundstrukturen verhindert. Vorrangig während der Mordserie durch den Verfassungsschutz mit seinen etwa 40 V-Leuten im direkten Umfeld des NSU-Kern-Trios und nach der Selbstenttarnung 2011 durch Aktenvernichtung, Verschlussachen, Aussageverweigerungen und politische Entscheidungen der Nicht-Aufklärung,<sup>[1,2]</sup>

Die tiefe Verwicklung des Staates in die rassistischen Morde an so vielen Menschen drückt sich heute in einem Rechtsstaat aus, der lieber das Umfeld des Tat-Netzwerkes schützt, als Aufklärung für die Angehörigen und Überlebenden zu gewährleisten. Die Geschädigten erwarten keine Aufklärung vom Staat und auch keine Hoffnung im Schutz vor rechten Anschlägen.

Bis heute haben einige Bundesländer keinen Untersuchungsausschuss eingerichtet, obwohl der NSU bundesweit aktiv war z.B. Hamburg.

Bis heute sind Akten unter Verschluss, die Hinweise auf Hintergrundstrukturen in Hessen geben könnten, aber auch in die umstrittene Arbeitsweise des Staatsschutzes mit dem V-Leute-System.

Bis heute werden Personen aus dem direkten Umfeld des NSU-Kerntrios nicht zur Rechenschaft gezogen. Darunter sowohl staatlich finanzierte V-Leute als auch dutzende andere Neonazis.<sup>[3]</sup>

Der NSU war wie andere Neonazi-Terrorgruppen auch in Schleswig-Holstein aktiv und in das deutsch-skandinavische Blood&Honour-Netzwerk eingebunden. So machte das Kerntrio hier öfter Urlaub, spähte Anschlagziele aus und war mit Personen aus der militanten Neonazi-Szene



vernetzt, z.B. mit Strukturen des Ku-Klux-Klan, Combat 18 oder mit Bernd Tödter vom Aryan Circle Germany aus Bad Segeberg, der damals in Kassel lebte und diverse Neonazi-Strukturen aufbaute.<sup>[4,5,6,7]</sup>

Die Haupttäterin Beate Z. stellte sich am 07.11.2011 den Behörden. Sie scheiterte gerade mit einer Anhörungsrüge vor dem BGH zum NSU-Urteil, allerdings liegt noch eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht. Sie nutzt alle Rechtszüge die in der BRD möglich sind, um einen Freispruch zu erlangen.<sup>[8]</sup>

Der Staat hat mittlerweile mehr Personal, mehr Ausrüstung, massive Befugnisse und mehr Geld für Sicherheitsbehörden und Geheimdienste erhalten - an den Strukturen hat sich nichts bedeutendes geändert. Bei Morden an migrantischen Menschen und rassistischen Vorfällen häufen sich zudem Einzeltätertheorien und Ermittlungen im Umfeld der Opfer, statt von vornherein ein ausländerfeindliches, rassistisches Motiv nicht auszuschließen und gerade in Deutschland und seinen Sicherheitsbehörden vorrangig zu fokussieren.

Nach der NSU-Terrorserie endete das rassistische Morden und der institutionelle Rassismus nicht, es kam zu weiteren bisher teils unaufgeklärten Morden und Mordversuchen (unvollständige Aufzählung):

06.01.2016 Mordversuch an Ahmid A. in Kassel. Der irakische Geflüchtete überlebt knapp einen

Messerangriff, der mutmaßlich durch den Kasseler Neonazi Stephan E. durchgeführt wurde.<sup>[9]</sup>

**22.07.2016** Morde an Armela S., Sabina S., Can L., Roberto R., Selçuk K., Hüseyin D., Guiliano-Josef K., Dijamant Z., Sevda D. in München. 9 Menschen mit türkischem, ungarischem, kosovarischem, und Sinti- Hintergrund sterben, darunter 6 Minderjährige. 4 Jahre kämpft eine Kampagne gegen das LKA Bayern um Anerkennung des rassistischen Tatmotivs eines 18-Jährigen, der sich in einem rassistischen Attentäter-Netzwerk befand und den Anschlag am 5. Jahrestag des neonazistischen Utøya-Attentats beging, bei dem 77 Menschen ermordet wurden.<sup>[10]</sup>

**02.06.2019** Mord an Walter Lübcke in Kassel. 11 Mal steht der Kasseler Neonazi Stephan E. in geheimen hessischen Verfassungsschutz-Akten zum NSU, mit Verbindungen zu Combat 18 und dem NSU. Jahre später ermordet er aus rassistischen Gründen den Regierungspräsidenten.<sup>[11]</sup>

**09.10.2019** Morde und Mordversuche in Halle. Nachdem der Schütze ein Blutbad in einer Synagoge anrichten wollte und scheiterte, erschoss er die Passantin Jana Lange und anschließend Kevin Schwarze, der sich in einem Döner-Imbiss befand. Er wurde das zweite Opfer des antisemitischen und rassistischen Attentats, bei dem 68 weitere Personen mit Glück überlebt haben.<sup>[12]</sup>



**19.02.2020** Morde und Mordversuche in Hanau an Gökhan Gültekin, Ferhat Unvar, Fatih Saraçoğlu, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Hamza Kurtović, Sedat Gürbüzü und Said Nesar Hashemi. Der Bruder von Said Hashemi wurde neben 4 weiteren Personen angeschossen, überlebte aber den Mordversuch durch einen verschwörungsgläubigen Rassisten. 9 Menschen mit kurdischem, türkischem, afghanischem, bosnischem und Rom:nja- Hintergrund sterben. Der Vater vom Hanauer Schützen war lange vor der Tat polizeibekannt und ebenfalls ein verschwörungsgläubiger Rassist aus Husum.<sup>[13]</sup>

**29.09.2020** Mordversuch in Köln-Porz, als CDU-Politiker Hans-Josef B. nach rassistischen Äußerungen einem Jugendlichen in die Schulter schießt.<sup>[14]</sup>

**17.10.2020** Mordversuch in Henstedt-Ulzburg, als zwei Neonazis einer vierköpfigen Gruppe mit einem Pick-Up versuchten, 4 Antifaschist:innen von hinten zu überfahren.<sup>[15]</sup>

**19.08.2021** Mord in Idar-Oberstein, als ein verschwörungsgläubiger Neonazi mit klarer NS- und Kriegs-Affinität den Kassierer Alex W. erschoss.<sup>[16]</sup>

Hunderte Menschen sind in Deutschland durch rechte Gewalt ums Leben gekommen. Die Zahlen staatlicher unter unabhängiger Stellen

unterscheiden sich. 305 Todesopfer rechter Gewalt seit 1970 wurden 2020 in einem Buch genannt. 2013 kam die Zeit auf 849 Mordopfer mit mutmaßlich rechtem Gewaltmotiv, nur 109 erkennt die Bundesregierung offiziell bis Herbst 2020 an.<sup>[17,18]</sup>

Mindestens 21 Menschen sind seit der NSU-Enttarnung aus rassistischem oder antisemitischem Motiv durch Neonazis und Rassisten ermordet worden und viele weitere wurden seitdem angegriffen und verletzt. Dutzende Enttarnungen von rassistischen Netzwerken und Neonazis in Sicherheitsbehörden, die regelmäßige aufklärungshinderliche Verstrickung von V-Leuten in Neonazi-Terror oder die Selbstenttarnung eines neofaschistischen, militanten und bewaffneten Netzwerkes haben daran nichts verändert.

Bei der Bekämpfung neofaschistischer Strukturen kann nicht auf die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen gesetzt werden, die den NSU ermöglichten und das V-Leute-System weiterhin nutzen, statt von Rassismus gefährdete Personen präventiv vor Neonazi-Gewalt zu schützen und z.B. Neonazis in Schützenvereinen zu entwaffnen.

Wenn Antifaschist:innen im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen, Neonazistrukturen aufzudecken und an weiteren Morden zu hindern, die Gesellschaft vor ihnen warnen oder Widersprüche bei Vorfällen rechter Gewalt und staatlicher Ermittlungsarbeit aufzeigen, werden sie kriminalisiert. Wie so oft müssen Antifaschist:innen

Repression erdulden, werden diffamiert und staatlich bekämpft. Schleswig-Holstein hat dafür eine Studie "Linksextremismus" als nächste Repressions-Grundlage veröffentlicht, der VVN-BdA wird staatlich attackiert und mehrere Antifaschist:innen sitzen in deutschen Gefängnissen. Der Staat wehrt sich zeitgleich gegen Studien zum Neonazi-Problem in den eigenen Reihen bei den Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten.<sup>[19]</sup>



# Verlegung in ein sächsisches Gefängnis – eine Odyssee!



Seit langem sitze ich in Baden-Württembergs Haftanstalten und da eine Entlassung nicht wirklich konkret absehbar ist, ich aber über Beziehungen nach Sachsen verfüge, beantragte ich Ende 2019 (!) meine Verlegung dorthin. Dieser Antrag entwickelte sich zu einer Odyssee.

## DIE ABLEHNUNG DES SÄCHSISCHEN JUSTIZMINISTERIUMS

Wie ich schon im März 2021 berichtet hatte, lehnte das Ministerium in Dresden mit einem umfassenden Bescheid meinen Wunsch ab. Man habe zum einen Kapazitätsprobleme, sprich man benötige die Plätze für die eigenen Sicherungsverwahrten, zum anderen sei nicht zu erwarten, dass ich mich in den Vollzug einfüge und im übrigen habe man schon drei beschwerdefreudige Verwahrte, käme ich noch dazu, sei eine ungünstige Kumulation zu befürchten.

## DER ANTRAG AN DIE JVA FREIBURG

Da die Beziehung zur Justiz in „The Länd!“ (so nennt sich nach einer 21 Millionen Euro verschlingenden Werbekampagne der Landesregierung Baden-Württembergs das Land nun selbst) von gewissen Differenzen geprägt und bestimmt ist, hatte ich im Dezember 2019 einen ausführlich begründeten Antrag bei der JVA Freiburg eingereicht, hinsichtlich der Verlegung nach Sachsen. Erst befragte mich der Leiter der SV-Abteilung Thomas G., ob mir das damit ernst sei. Einen Monat später folgte eine ähnliche Nachfrage durch und ein Gespräch mit dem Gesamtanstaatsleiter Herrn Völkel.

Da beide die Idee der Verlegung unterstützten legten sie die Akten dem Stuttgarter Justizministerium vor; denn bei länderübergreifenden Verlegungen muss das jeweilige Ministerium zustimmen. Auch dieses erteilte sein Plazet und so ging der Vorgang nach Sachsen.

## DIE KLAGE BEIM OBERLANDGERICHT DRESDEN

Gegen diesen Bescheid stellte ich am 15.03.2021 Antrag auf gerichtliche Entscheidung gemäß § 23 EGGVG beim OLG Dresden. In den Folgemonaten wurden diverse Schriftsätze und Ergänzungen ausgetauscht und das Verfahren zog sich in die Länge.

## DER BESCHLUSS DES OLG DRESDEN

Mit Entscheidung vom 08.11.2021 hat nun das OLG Dresden meinem Antrag stattgegeben. Der mit drei Richtern besetzte 2.Senat hat für Recht befunden, dass der Bescheid des sächsischen Justizministeriums an „einem Ermessensfehlgebrauch“ leide. Ja, nicht nur Menschen können leiden, in der JuristInnensprache auch Bescheide. Bemängelt wurde unter anderem, dass das Ministerium nicht hinreichend berücksichtigt habe, dass „Bezugspersonen im Freistaat Sachsen und Berlin“ leben würden, was die „Resozialisierung tatsächlich fördern“ könnte. Selbst die geltend gemachte Begrenzung der Kapazitäten in der JVA Bautzen sei nicht tragfähig, denn es gebe einen „Tauschpartner“ der tatsächlich, weil er zuvor gerade in der JVA Bautzen eine Straftat begangen haben soll, verlegt werden müsse. Der Übernahme dieses Insassen hatte man in Baden-Württemberg auch schon 2020 zugestimmt, nur dann das sächsische Ministerium plötzlich den betreffenden Verwahrten lieber im Freistaat behalten, anstatt

mich im Tausch aufzunehmen.

Und die „überdurchschnittlich häufige ... gerichtliche Verfolgung eigener Rechte“ beeinträchtigte „für sich genommen die Belange eines geordneten Vollzugs“ auch nicht..

Die Entscheidung bedeutet nun nicht, dass mich die sächsische Justizverwaltung zwingend aufzunehmen haben wird, sondern nur, dass man mich unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts neu zu bescheiden hat.

Dafür kann sich das Ministerium geraume Zeit nehmen. Lehnte es meinen Wunsch auf Übernahme in den dortigen Vollzug der Sicherungsverwahrung erneut ab, ginge der Rechtsweg von vorne los, d.h. ich müsste erneut Klage beim OLG einreichen.

## AUSBLICK

Wie zu sehen ist, zum einen brauchen Inhaftierte Zeit, Geduld und Ausdauer. Mittlerweile sind fast zwei Jahre ins Land gegangen seit ich bei der Freiburger Haftanstalt den Antrag eingereicht hatte. Und ich hatte noch den günstigen Umstand auf meiner Seite, dass die Haftanstalt meinen Antrag unterstützte. Hätte sie das nicht getan, so wäre ich gezwungen gewesen erstmal die JVA Freiburg vor Gericht zu verklagen.

Zum anderen zeigt der Fall auch, wie mit der unwiederbringlichen Lebenszeit von inhaftierten Menschen seitens der Justiz umgegangen wird. Nach zwei Jahren bin ich fast soweit wie am Anfang . Das sächsische Justizministerium muss über den selben Antrag von 2019 neu entscheiden.

Nun bleibt abzuwarten wie, voraussichtlich erst im kommenden Jahr, die Antwort aus dem sächsischen Justizministerium lauten wird, ob sich eine Perspektive für eine Verlegung eröffnet, oder ich erneut vor Gericht werde ziehen müssen. Andere Insassen in Freiburg lösten das Problem kurzerhand dadurch, dass sie Mitverwahrte körperlich attackierten, danach waren sie binnen einiger Monate (wunschgemäß) in anderen Gefängnissen untergebracht – freilich war das jeweils verheerend für die weitere Vollzugsbiographie, denn solch ein Vorgehen dokumentiert in den Augen der Verantwortlichen die unterstellte „Gefährlichkeit“.

Thomas Meyer- Falk

z.Zt. JVA (SV)

Hermann-Herder.Str. 8

D-79104 Freiburg

[freedomforthomas.wordpress.com](http://freedomforthomas.wordpress.com)

Archiv:

[freedom-for-thomas.de](http://freedom-for-thomas.de)



# Save the date: Prozess der Baumbesetzer\*innen von Bündnis 91/Die Grüneren am 25.01.22

## SOLIDARITÄT MIT DEN ANGEKLAGTEN BAUMBESETZER\*INNEN!

Am 25.01.22 stehen um 9.00 Uhr zwei Aktivist\*innen vor Gericht, die vom 07. bis 08.11.20 mit zwei weiteren Aktivist\*innen einen Baum auf dem Platz der Alten Synagoge in Freiburg besetzt haben. Ihnen wird vorsätzliche Körperverletzung in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte\*innen und Beleidigung vorgeworfen. Der Prozess sollte bereits am 14.09.21 stattfinden, wurde aber kurzfristig verschoben.

Die Baumbesetzung fand durch die Gruppe „Bündnis 91/Die Grüneren“ in Solidarität mit dem Widerstand im Dannenröder Forst (Danni) statt. Der Danni ist ein 300 Jahre alter Mischwald in Hessen, durch den die neue Autobahn A49 führen soll. Diese soll Gießen und Kassel verbinden und parallel zur bestehenden A5 verlaufen, wofür im und um den Danni im Herbst 2020 rund 100ha Wald weichen mussten.

Vor Ort gab es bereits seit 40 Jahren Widerstand von Bürger\*innen-initiativen gegen diese gewaltige Zerstörung. Im September 2019 haben sich weitere Aktivist\*innen angeschlossen und den Danni mit Baumhäusern besetzt. Doch trotz allen Gegenprotests hat die grün-schwarze Landesregierung in Hessen am Bauprojekt festgehalten und die Trasse im Danni roden lassen.

Somit wird unter Federführung einer angeblichen Umweltschutzpartei für stumpfes Wirtschaftswachstum unsere Umwelt zerstört. Und das in Zeiten in denen die Klimakatastrophe z.B. durch Jahrhundertfluten in NRW, Waldbrände und Fluten in der Türkei und Dürren in Uganda und Angola so deutlich spürbar ist.

Auf die Besetzung in Freiburg folgten eine Reihe von Einschüchterungsversuchen und Vorwürfen von Seiten der Staatsanwaltschaft gegen alle vier Aktivist\*innen. Gegen zwei Besetzer\*innen wurden die Vorwürfe fallen gelassen, die beiden anderen stehen am 25.01.22 vor Gericht.

Die Anklage ist Teil einer Reihe von Kriminalisierungsversuchen der Klimagerechtigkeitsbewegung und Repressalien gegen linke Aktivist\*innen, wie bspw. die Verurteilung zu 2 Jahren und 3 Monaten Haft von Ella/UP1 und von Björn zu 3 Jahren und 2 Monaten Haft ([freethemall.blackblogs.org/unbekannt/](https://freethemall.blackblogs.org/unbekannt/) / Twitter [@keinea49](https://twitter.com/keinea49)).

Zeigt euch solidarisch mit den zwei Baumbesetzer\*innen und kommt am 25.01.2022 um 9.00 Uhr zum Amtsgericht Freiburg!

## UNSERE SOLIDARITÄT GEGEN IHRE REPRESSION!

Gerne könnt ihr die Aktivist\*innen auch finanziell unterstützen:

**InhaberIn:** Rote Hilfe OG Freiburg

**IBAN:** DE47 4306 0967 4007 2383 64

**BIC:** GENODEM1GLS

**Verwendungszweck:** Klima und Umweltbewegung Freiburg

Außerdem gibt es Soli-Merch bei Black Mosquito zu kaufen:

[black-mosquito.org/de/kleidung/merch/buendnis91-die-grueneren.html](https://black-mosquito.org/de/kleidung/merch/buendnis91-die-grueneren.html)

Weitere Infos:

[twitter.com/die\\_grueneren](https://twitter.com/die_grueneren)  
[die\\_grueneren@riseup.net](mailto:die_grueneren@riseup.net)





19

Re  
-Ramp  
de  
NCT  
W  
H  
H

ATOMKRAFT?  
NEIN DANKE

SCHWARZES BRETT

SCHWARZES BRETT  
Defundment der Polizei  
1988, 19. November 1988, 1988

Rathaus

